

Amerikas dürfe nicht losgelöst gehört werden von der konkreten pastoralen Erfahrung seines Landes und seiner Erzdiözese.

Ebenso radikal wie er die Unterdrückungsmechanismen des Kapitalismus und ein ungerecht asymmetrisches, nach wie vor „kolonialistisches Weltwirtschaftssystem“ kritisierte, wandte er sich gegen jede Form von Gewalt, Kampf und Haß. Wer in ihm den Weltrevolutionär und den politischen Agitator sehen wollte, übersah den Künstler und Dichter, verstand

nicht die narrative, bildhafte Theologie, die Spiritualität des leidenschaftlichen Predigers in einer so einfachen wie eindrücklichen Sprache.

Für viele unverständlich kommentierte der redegewaltige Erzbischof nie das Tun seines Nachfolgers: Als Câmara 1985 seinen Rücktritt einreichte, ernannte *Johannes Paul II.*, der sich bei seinem Brasilienbesuch 1980 als „Bruder des Bruders der Armen“ vorgestellt hatte, *José Cardoso Sobrinho* zum Nachfolger. Diesem ging der Ruf voraus,

nicht allzu sensibel für die sozialen Probleme seiner Diözesanen zu sein. Konsequenterweise machte er vieles, was Câmara initiiert hatte, rückgängig und trennte sich von Priestern und Mitarbeitern, die der pastoralen „Linie“ seiner Amtsvorgängers treu blieben.

So entschieden und wortgewaltig der kleine Bischof mit den großen Gesten seine Kirche zum leidenschaftlichen Einsatz für die Würde der Armen und für die Beseitigung der weltweiten Unrechtsstrukturen mahnte, so fraglos loyal stand er zu ihr. A. F.

ÖRK: Neuanfang mit alten Problemen

Vom 26. August bis 3. September tagte in Genf der bei der Vollversammlung in Harare neugewählte Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen. Um die Schwierigkeiten mit den orthodoxen Mitgliedskirchen wird sich demnächst eine Sonderkommission kümmern.

Bei der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen im Dezember 1998 in Harare, der Hauptstadt von Simbabwe, wählten die Delegierten aus den über 330 Mitgliedskirchen einen neuen Zentralausschuß (vgl. HK, Februar 1999, 66 ff.). Jetzt traf sich dieses 150köpfige Gremium in seiner neuen Zusammensetzung zur ersten Tagung am Genfer Sitz des ÖRK, um personell und inhaltlich Weichen für die Arbeit des Rates in den nächsten Jahren zu stellen.

Es waren zahlreiche Kommissionen und Beratergruppen des Ökumenischen Rates neu zu besetzen, wobei wie beim Zentralausschuß selber jedes Mal fast die Quadratur des Kreises zu bewältigen ist. In den diversen ÖRK-Gremien sollen schließlich nicht nur die verschiedenen Erdteile, sondern auch die Konfessionen angemessen vertreten sein. Es soll ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Ordinierten und „Laien“

bestehen, und überdies sollen die seit Jahr und Tag angestrebten Frauen- und Jugendquoten berücksichtigt werden. So konnte es dann z. B. bei einem freien Platz für Afrika auf einer Nominierungsliste heißen, für diesen werde eine „frankophone Frau, wenn möglich Anglikanerin“ gesucht.

Kriterien für die künftige Arbeit

Besondere Aufmerksamkeit galt der *Sonderkommission* aus Vertretern der orthodoxen und nichtorthodoxen Mitgliedskirchen des ÖRK, die in den nächsten Jahren ein neues Fundament für die orthodoxe Mitarbeit im Ökumenischen Rat legen soll. Die Einrichtung dieser Kommission hatte die Vollversammlung in Harare angesichts massiver orthodoxer Kritik an Struktur und Programmen des ÖRK beschlossen. Sie wird jetzt Anfang Dezember in

Genf zu einer ersten Sitzung zusammenkommen. Ein informelles Vorbereitungstreffen fand während der Zentralausschußtagung statt.

Die Leitung der Sonderkommission werden sich Bischof *Rolf Koppe*, der Leiter des EKD-Außenamtes, und *Gaby Habib*, früherer Generalsekretär des Nahöstlichen Kirchenrates (MECC), teilen. Bisher stehen allerdings nur die nichtorthodoxen Mitglieder des Gremiums fest (darunter *Jean Fischer*, der frühere Generalsekretär der Konferenz Europäischer Kirchen, der Schweizer christkatholische Bischof *Hans Gerny* und der Siebenbürger lutherische Bischof *Christoph Klein*); die orthodoxen Mitglieder müssen von ihren Kirchen erst noch ernannt werden.

Bei der konstituierenden Sitzung im Dezember will man sich mit der Entwicklung der orthodoxen Präsenz im ÖRK seit seiner Gründung befassen, die orthodoxen Gravamina aufnehmen, wie sie bei einem Treffen in Saloniki im Frühjahr 1998 formuliert wurden (vgl. HK, Juli 1998, 334 ff.), und nach Perspektiven für die weitere Mitarbeit der orthodoxen Kirchen fragen. In Genf war zu hören, die Bulgarische Orthodoxe Kirche, die während der Vollversammlung von Harare ihren Austritt aus dem ÖRK erklärt hatte, werde die-

sen Schritt möglicherweise rückgängig machen. Auch in der schon früher ausgetretenen Georgischen Orthodoxen Kirche geht die Diskussion über die Mitarbeit in der Ökumene offenbar weiter. Während der Zentralausschußtagung herrschte bei den orthodoxen Mitgliedern „business as usual“; die diversen Streitpunkte sind zunächst einmal *aufgeschoben*, wenn auch ganz und gar nicht aufgehoben.

Bei der ersten Tagung des neuen Zentralausschusses wurde auch ein *Rahmenkonzept* für die Arbeit des Rates bis zur nächsten Vollversammlung beschlossen. Dem Vorschlag des Programmausschusses folgend, sollen vier Perspektiven für die Arbeit der kommenden Jahre bestimmend sein: Kirche sein; Dem Leben dienen; Das Amt der Versöhnung; Gemeinsames Zeugnis und gemeinsamer Dienst inmitten der Globalisierung. Gleichzeitig verabschiedete der Zentralausschuß Kriterien für die künftigen Programme des ÖRK, Leitlinien für das Programm-Management und für die Evaluation der Programme.

So soll jeweils geprüft werden, welche Relevanz die einzelnen Programme für die Mitgliedskirchen haben, wie dringlich sie angesichts der Situation der Welt und aus der Sicht der Mitgliedskirchen sind, ob die veranschlagten und erhofften Ergebnisse eine angemessene Wirkung haben und ob die Ergebnisse effektiv und effizient erreicht werden können. Alle Programme sollen in Beziehung zum Prozeß „Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Verständnis und einer gemeinsamen Vision“ des ÖRK stehen und „in kohärenter Weise die theologische Verbundenheit der verschiedenen Tätigkeiten des ÖRK widerspiegeln“.

Genauere Konturen erhielt beim Zentralausschuß jetzt auch die von der letzten Vollversammlung beschlossene „Ökumenische Dekade zur Überwindung von Gewalt“. Für den Januar 2001 sind Eröffnungsveranstaltungen überall in der Welt vorgesehen; die erste Phase soll in die Neunte Vollversammlung

des ÖRK im Jahr 2005 als Höhepunkt münden.

Die Dekade, so das jetzt verabschiedete Rahmenkonzept, soll alle Mitgliedskirchen, Nichtmitgliedskirchen, Nichtregierungsorganisationen (NGO's) und andere um den Frieden bemühte Organisationen einbeziehen. Sie werde „Bemühungen um die Überwindung unterschiedlicher Formen der Gewalt von Seiten der Kirchen, ökumenischen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen hervorheben und miteinander verknüpfen“.

Unterstützung für die UNO

ÖRK-Generalsekretär *Konrad Raiser* erinnerte in seinem Bericht vor dem Zentralausschuß daran, daß die Beschäftigung mit den Problemen von Gewalt und Gewaltfreiheit kein neues Thema für die ökumenische Bewegung sei und ließ verschiedene Stationen vom Antirassismusprogramm bis zu Herausforderungen der letzten Jahre Revue passieren, die die ökumenische Verpflichtung zur friedlichen Lösung von Konflikten auf eine harte Probe gestellt hätten. Die Kirchen müßten sich eingestehen, daß ihre theologischen Traditionen und ihre internen Machtstrukturen die Einstellungen im säkularen Bereich mitgeprägt hätten und unter Umständen eher ein Teil des zu bewältigenden Problems seien. Raiser stellte fest: „Wir befinden uns an einem entscheidenden Punkt in der langen und kontroversen ökumenischen Debatte über Gewalt und Gewaltfreiheit, Krieg oder Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung.“ Er hoffe, die ökumenische Gemeinschaft werde mit Hilfe der Dekade in der Lage sein, „ein glaubwürdiges Zeugnis für den abzulegen, der unser Friede ist“.

Der Zentralausschuß verabschiedete bei seiner Tagung ein umfangreiches *Memorandum* zur Reaktion auf bewaffnete Konflikte und zum Völkerrecht, das Besorgnis über die Erosion der Autorität der UNO äußert und sich anhand des

Nato-Einsatzes gegen Jugoslawien mit dem Problem einer humanitären Intervention auseinandersetzt. In den abschließenden Empfehlungen werden die Vereinten Nationen dazu ermutigt, „sich auch weiterhin darum zu bemühen, neue und geeinete Wege zu finden, auf zivile Konflikte und andere Situationen zu reagieren, in denen umfangreiche Menschenrechtsverletzungen begangen werden“. Die Kirchen sollten ihre Regierungen dazu drängen, die aufgrund der UN-Charta eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und die UNO sowie deren Sonderorganisationen zu unterstützen.

Mit der UNO teilt der Ökumenische Rat der Kirchen die *prekäre finanzielle Situation*. Zwar konnte 1998 ein Haushaltsüberschuß erwirtschaftet werden, der der Vollversammlung in Harare und der Renovierung der Genfer ÖRK-Zentrale zugutekam. Für das laufende Jahr ist nach der Prognose des ÖRK-Finanzausschusses aber wieder mit einem Defizit zu rechnen. Der Rat müsse, so Finanzdirektor *Robert Christeler*, nach wie vor eine strikte Ausgabenkontrolle praktizieren und seine Aktivitäten und Programmarbeit permanent an das sinkende Einnahmenniveau anpassen. Die finanziellen Beziehungen zu den traditionellen Geldgebern müßten überprüft und neugestaltet werden.

Nicht zuletzt finanzielle Engpässe lassen auch an eine stärkere Verzahnung bei den großen ökumenischen Versammlungen denken. Im Lutherischen Weltbund (LWB) gibt es Überlegungen, die eigene Vollversammlung mit der des ÖRK und regionaler ökumenischer Organisationen zwecks besserer Nutzung der Ressourcen zu koordinieren. Dieses Anliegen fand jetzt auch bei der Tagung des Zentralausschusses Unterstützung. Auch bei einzelnen Programmen und Aktivitäten will man eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Ökumenischen Rat und den konfessionellen Weltbünden ins Auge fassen. Die Zusammenarbeit zwischen dem ÖRK und der katholischen Kirche wird

sich in den kommenden Jahren im gewohnten Rahmen abspielen. Die katholische Kirche arbeitet nach wie vor als Vollmitglied bei „Glauben und Kirchenverfassung“ mit, ebenso ist sie in der Kommission für Weltmission und Evangelisierung vertreten. Die *Gemeinsame Arbeitsgruppe* von Ökumenischem

Rat und katholischer Kirche wurde wie nach jeder Vollversammlung neu besetzt: Auf Seiten des ÖRK gehören ihr u. a. *David Gill*, Generalsekretär des Australischen Kirchenrates, der schwedische lutherische Bischof *Jonas Jonson* und der russisch-orthodoxe Theologe *Nicholas Lossky* (Paris) an. U. R.

Entwicklung: Die UNO fordert eine neue Weltordnungspolitik

Die Forderung nach einer sehr viel kraftvolleren politischen Steuerung der wirtschaftlichen und technischen Globalisierungsprozesse steht im Zentrum des „Berichts über die menschliche Entwicklung 1999“. Zum zehnten Mal legt jetzt das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen die jährlich erscheinende umfangreiche Datensammlung zu zahlreichen Aspekten menschlicher Entwicklung vor.

Die unabhängigen Sachverständigen, die im Auftrag des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) den „Bericht über die menschliche Entwicklung 1999“ erarbeitet haben, wollen nicht mißverstanden werden: Die Herausforderung der Globalisierung im neuen Jahrhundert besteht nicht darin, die Expansion der globalen Märkte zu stoppen. Es gehe vielmehr darum, auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene Regeln und Institutionen zu entwickeln, „um die Vorteile des Wettbewerbs auf globalen Märkten zu erhalten, aber gleichzeitig genügend Raum für die Belange der Menschen, des Gemeinwesens und der Umwelt zu lassen.“

Mit unzähligen Statistiken belegt der 300seitige Bericht: Die Expansion der Märkte und die Öffnung nationaler Grenzen für Handel, Kapital und Informationen verläuft in einem so rasanten Tempo, daß die notwendige politische Steuerung und die Bewältigung der sozialen Auswirkungen nicht Schritt halten können.

Dabei bestreitet der Bericht keineswegs positive Auswirkungen der rasanten wirtschaftlichen und technischen glo-

balen Vernetzung, den enormen Vorteil für Staaten, die seit Anfang der achtziger Jahre die Kräfte der Globalisierung, expandierende Märkte für sich zu nutzen wissen und so ihren Export steigern sowie Auslandsinvestitionen an sich ziehen können: neben den traditionellen Industrieländern oder den ostasiatischen Tigerstaaten etwa auch Chile, die Dominikanische Republik, Indien, Polen oder die Türkei.

Konzentration von Einkommen, Ressourcen und Wohlstand

Die international besetzte Sachverständigengruppe sorgt sich dagegen wegen der problematischen und schädlichen Trends des Globalisierungsprozesses, der Gefahren, die die hochdynamischen globalen Märkte ebenso mit sich bringen. Immer deutlicher werde die zunehmende Marginalisierung von Ländern und Bevölkerungsgruppen, die immer breitere Kluft zwischen den reicheren und den ärmeren Ländern. Trotz gegenteiliger Erwartungen hat das letzte Jahrzehnt zu einer noch stärkeren Konzen-

tration von Einkommen, Ressourcen, und Wohlstand auf bestimmte Personen, Konzerne und Länder geführt. Mit drastischen Vergleichen dokumentiert der Bericht diese wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich: Auf die OECD-Länder, in denen nur 19 Prozent der Weltbevölkerung leben, entfallen 71 Prozent des globalen Handels mit Gütern und Dienstleistungen, 58 Prozent der direkten Auslandsinvestitionen. Die drei reichsten Menschen verfügen über ein Vermögen, das größer ist als das gesamte Brutto-Inlandsprodukt der als wenig entwickelt kategorisierten Länder, mit ihren rund 600 Millionen Einwohner.

Gegen Ende der neunziger Jahre verfügt das reichste Fünftel der Weltbevölkerung über 86 Prozent des Welt-Brutto-Sozialproduktes, 82 Prozent der Weltexporte, 68 Prozent der direkten Auslandsinvestitionen oder beispielsweise auch 74 Prozent aller Telefonanschlüsse. Und damit sind gleichfalls schon die Weichen für die Zukunft gestellt, denn die Forscher und Erfinder in diesem reichsten Fünftel der Weltbevölkerung halten auch 97 Prozent der Patente auf der ganzen Welt.

Ein besonderes Augenmerk richten die Entwicklungsexperten auf die Entwicklung im Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechniken, eine der entscheidenden Triebkräfte der Globalisierung. So wie in dieser Dynamik ein enormes Entwicklungspotential steckt – der Bericht zeigt dies besonders am Software-Exportland Indien – spaltet sich auch hier die Weltgesellschaft in „Vernetzte und Isolierte“. Zwar ist die Zahl der Computer mit Internetzugang in den letzten zehn Jahren von 100 000 auf 36 Millionen hochgeschwollen. Der Eintritt in die globale Wissensgesellschaft, der Zugriff auf das Weltwissen bleibt aber den Gutsausgebildeten und Wohlhabenden vorbehalten. 91 Prozent aller Internet-Nutzer leben in den OECD-Ländern. Der Kauf eines Computers kostet einen durchschnittlich verdienenden Bengalen acht Jahreseinkommen, den Amerikaner mit